

Unnötigen Ballast abwerfen

Bundeszahnärztekammer dringt auf Bürokratieabbau

Bürokratie kostet Zeit und Geld. Die Bundeszahnärztekammer fordert deshalb erneut Entlastungen – diesmal auf europäischer Ebene.

Allein in deutschen Arzt- und Zahnarztpraxen summieren sich die jährlichen Bürokratiekosten auf rund 4,33 Milliarden Euro. Diesen Betrag ermittelte der Nationale Normenkontrollrat (NKR) im Rahmen des Projekts „Mehr Zeit für Behandlung – Vereinfachung von Verfahren und Prozessen in Arzt- und Zahnarztpraxen“, an dem sich auch die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung beteiligen.

Was der NKR bereits seit 2013 mit seinem Modellprojekt für niedergelassene (Zahn-)Ärzte praktiziert, soll bald in Europa Schule machen: die Feststellung der Bürokratiekosten und der Abbau überflüssiger Vorschriften. Dafür setzt sich die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Zahnärztekammern in ihrem gesundheits- und binnenmarktpolitischen Positionspapier zur Europawahl ein. Der 16 Seiten umfassende Forderungskatalog trägt den Titel „Für eine moderne Zahnmedizin mit hoher Versorgungsqualität“. Eine der Kernforderungen ist die Beseitigung unnötiger Bürokratielasten für Zahnärzte.

Übermäßige Belastung

„Gerade verhältnismäßig kleine freiberufliche Einheiten wie Zahnarztpraxen sind durch bürokratische Vorgaben, wie etwa Melde- und Dokumentationspflichten, übermäßig stark belastet. Dadurch werden sie von ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Heilung und Förderung der Gesundheit ihrer Patienten, abgehalten“,

sagt der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel.

Der europäische Gesetzgeber müsse sich der (unternehmerischen) Folgen, die bürokratische Vorgaben speziell für frei-

kleinen und mittleren Unternehmen wie Zahnarztpraxen bereits bei der Diskussion auf europäischer Ebene angemessen berücksichtigt werden“. Die Bundeszahnärztekammer schlägt vor, das Prüfungsergebnis gemeinsam mit dem jeweiligen Rechtsakt zu veröffentlichen.



Keine Krankenhäuser

Kleinere Einheiten dürften nicht per se mit großen Versorgungseinrichtungen, wie zum Beispiel Krankenhäusern, gleichgesetzt werden, betont Engel. In diesem Zusammenhang sei eine Differenzierung „dringend erforderlich“ – ohne die Sicherheit der Patienten zu vernachlässigen. An die Europapolitiker richtet die Bundeszahnärztekammer den dringenden Appell, „Zahnärzten durch die Beseitigung unnötigen bürokratischen Ballasts mehr Zeit für die Patienten und den Therapieerfolg einzuräumen“.

Thomas A. Seehuber

DAS POSITIONSPAPIER IM NETZ

Ihr europapolitisches Positionspapier hat die Bundeszahnärztekammer auf der Website veröffentlicht:

www.bzaek.de/fileadmin/PDFs/b19/europawahl2019-position_bzaek.pdf



berufliche Einheiten wie Zahnarztpraxen mit sich bringen, bewusst sein, so Engel weiter. Aus diesem Grund sollte jedes neue EU-Gesetz schon vor der Verabschiedung auf seine bürokratischen Auswirkungen für die Betroffenen überprüft werden. Damit will die Bundesorganisation sicherstellen, „dass die besonderen Belange von